

Parteien auf dem Prüfstand (2): Die Christsozialen

Wie ein Tag im November die CSU verändert hat

Selbst die Fußballweltmeisterschaft konnte Edmund Stoiber nicht davon abhalten, die CSU-Landtagsabgeordneten schwitzen zu lassen. Das Spiel Deutschland-Ecuador lief schon, da referierte der Ministerpräsident, obgleich selbst bekennender Fußballfan, immer noch mit Hingabe über seine Verhandlungen in Berlin: zur Föderalismusreform, zum Antidiskriminierungsgesetz und zur Vorsteuerpauschale für Landwirte. Der Großteil der CSU-ler sehnte das Ende der Stoiberschen Suada herbei, um wenigstens noch den Rest der ersten Halbzeit mitzubekommen. Immerhin ließ Stoiber die Wartenden wissen, auch er bringe ein Opfer: Im Dienst der Sache sei er bereit, seine Fußballbegeisterung zu bezähmen.

Die Dankbarkeit der Abgeordneten hielt sich, wie so oft in den letzten Monaten, in Grenzen. Das erste Tor der Deutschen hätte man schon gern live verfolgt. Doch Stoiber, der es mit der Lockerheit noch nie hatte, ist seit seinem Berlin-Rückzieher eisern darum bestrebt, bei Partei und Fraktion Boden gut zu machen und überzieht dabei mitunter. So bereiste er die Kreisverbände, redete plötzlich mit allen, versprach der aufmüppig gewordenen Fraktion, sie stärker einzubinden und seinerseits noch fleißiger zu werden – als ob das möglich wäre.

Er versuchte sogar, sein unterkühltes, technokratisches Image abzustreifen, etwa indem er über häusliche Blumenpflege berichtete („Blumen hinrichten“) und anlässlich rückläufiger Umfragewerte klagte, er leide „wie ein Hund“.

Eigennutz statt Dankbarkeit und Loyalität

Indes: Stoiber kann sich anstrengen wie er mag. In der CSU ist nichts mehr so wie vor dem 1. November 2005, dem Tag, als Edmund Stoiber der verdutzten Nation erklärte, bayerischer Minister-

präsident bleiben zu wollen. Dieses Ereignis bestimmt die merkwürdig diffuse Lage der CSU zwei Jahre vor der nächsten Landtagswahl. Ihr Umfragetief vom Herbst hat die Partei zwar überwunden. Nach 45 Prozent im November rangiert sie derzeit wieder bei komfortablen 54 Prozent. Das sind

Stoiber solle „erst einmal“ weiter machen, ohne damit allerdings die Frage nach einer erneuten Kandidatur zu verknüpfen.

Die Landtagsfraktion ist in dieser Frage gespalten: Viele Abgeordnete haben die Nase voll von der leidigen Kandidatenfrage, wünschen sich endlich wieder

sich nicht zurück ziehen, und einen offen ausgetragenen Kandidatenstreit will niemand in der Partei.

Selbst wenn der Regierungschef plötzlich verkünden würde, es reiche ihm: Wer soll ins Rennen gehen? Einen Nachfolger hat er nicht aufgebaut. Das Kandidatenduo Beckstein-Huber vom Herbst

rigen mit Kabinettpotenzial überschaubar. Die CSU hat es versäumt, geeigneten Nachwuchs zu rekrutieren. Deshalb wird die für nächstes Jahr erwartete Kabinettsumbildung, aus der die CSU-Phalanx für 2008 hervorgehen soll, ausgesprochen spannend.

Die Sinnhaftigkeit des vor allem von den Jungen gewünschten Revirements ist freilich zweifelhaft. Talausfälle, die ausgewechselt werden müssten, gibt es in Stoibers Kabinett nicht, dafür mit Erwin Huber, Günther Beckstein, Kurt Falthauer und Christa Stewens deutschlandweit respektierte Ressortchefs. Kein vergleichbares Renommee kann dagegen das aus Stoibers Verzicht hervorgegangene Berliner Tandem Seehofer-Glos beanspruchen – zumindest der Beifahrer Glos blieb als Wirtschaftsminister bislang farblos.

Inhaltlich will sich die Partei mit Blick auf die Landtagswahl durch ein neues Grundsatzprogramm empfehlen, das derzeit erarbeitet wird.

Die FDP mokiert sich über „Freiheit statt Sozialismus“

Die unbestrittenen landespolitischen Erfolge der CSU, etwa in der Finanz-, der Innen- und der Bildungspolitik werden in letzter Zeit, bedingt durch hektischen Aktionismus, verwässert. Ja, Bayern ist das finanzpolitisch solideste Land mit der niedrigsten Pro-Kopfverschuldung bundesweit. Doch hat sich die CSU mit dem Sparwahn der letzten Zeit, mit kaum zu rechtfertigenden Kürzungen etwa im sozialen Bereich, bei den Bürgern viele Sympathien verscherzt. Ja, Bayern ist PISA-Sieger und investiert, verglichen mit manch anderem Land, viel Geld in den Bildungsbereich. Doch war es wirklich nötig, Eltern und Lehrer mit der hastig durchgezogenen Einführung des G 8 zu vergrätzen? Ja, die Staatsregierung hat sinnvolle Vorschläge zur Integrationspolitik gemacht. Die wüste Drohung, Ausländerkinder mit mangelhaften Deutschkenntnissen umgehend an die Förderschule zu verweisen, hätte es aber nicht gebraucht. Prompt wurde der Plan im April dann auch demontiert.

Möglicherweise kommt auch der von der Union mit zu verantwortende Berliner Aktionismus nicht so gut an. CSU-intern zumindest wird durchaus bemängelt, dass man sich von der SPD zu oft über

den Tisch ziehen lasse. Eines der ersten bedeutenderen Projekte der Großen Koalition, die Gesundheitsreform, krankt jedenfalls schon mal daran, dass ein Grundsatz der CSU, nämlich die Erhöhung von Sozialabgaben zu verhindern, über Bord geworfen wurde. Und mit der Mehrwertsteuererhöhung und der Anhebung des Spitzensteuersatzes für Gutverdiener ging auch der Vorsatz, Steuererhöhungen zu vermeiden, flöten.

Sicher, die CSU, namentlich Edmund Stoiber, hat wesentlichen Anteil daran, dass die Föderalismusreform, die größte Verfassungsreform seit 1949, über die Bühne gehen kann. Doch vermutlich ist der Lustgewinn bei den Bürgern über das Gelingen des komplizierten Regelwerks nicht so stark wie von der Politik erhofft. Welcher Bürger schließlich kann sich schon etwas darunter vorstellen, dass es jetzt weniger zustimmungspflichtige Gesetze geben wird? Zumindest kurzfristig dürfte der Verdruss über höhere Steuer- und Sozialabgaben die Freude über die große Staatsreform bei den Wählern schmälern.

„Freiheit statt Sozialismus“ plakatierte die CSU unter Franz Josef Strauß in den 70ern, um vor den Unbilden sozialdemokratischer Politik zu warnen. Der Slogan ist dieser Tage wieder en vogue, allerdings bei der FDP. Die Westerwelle-Partei will den Spruch auf Plakate drucken lassen, die den Bürgern vor Augen führen sollen, wie sich die Union als Teil der Großen Koalition verändert hat.

> WALTRAUD TASCHNER

PLUS

- + Treue Wählerschaft/stabile Umfragewerte
- + Solide Finanzpolitik
- + Erfolgreiche Bildungspolitik
- + Weit gehende Geschlossenheit

MINUS

- Einbruch der Sympathiewerte Stoibers
- Nachwuchsproblem
- Wachsender Aktionismus bei politischen Entscheidungen
- Erklärungsnot mit Blick auf die Berliner Politik

Geschätztes Potenzial 2008: (50 – 55 Prozent)



Kandidaten unter sich: „Wir karteln aus, wer der nächste Kini wird, aber koa Roter.“ ILLUSTRATION ZACHER

zwar immer noch sechs Prozent weniger als bei der letzten Wahl, aber die absolute Mehrheit scheint auch für 2008 gesichert.

Eigentlich könnte die CSU gelassen in die Zukunft blicken, wenn da nicht die im Herbst zwangsläufig losgetretene Nachfolgedebatte wäre. Sie lässt die Partei nicht mehr los. Mal ergibt eine Umfrage, dass nur 60 Prozent der CSU-Anhänger eine erneute Kandidatur Stoibers für das Ministerpräsidentenamt befürworten, mal eruierten Wahlforscher, dass 70 Prozent der CSU-Anhänger dafür plädieren,

Ruhe und setzen, auch mangels Alternative, auf Stoiber. Daneben gibt es die Taktierer, die zunächst abwarten wollen, wie sich die öffentliche Meinung entwickelt.

Sicher ist: Die Abgeordneten denken nicht in Kategorien wie Loyalität und Dankbarkeit, sondern vorwiegend in der Kategorie Eigennutz. Sie werden die Strategie unterstützen, die ihnen einen erneuten Einzug ins Parlament sichert. Eine zahlenmäßig annähernd so große Fraktion wie jetzt scheint derzeit nur mit Stoiber möglich. Der Grund: Stoiber wird

gilt vielen als verbrannt, allenfalls Erwin Huber darf sich – im Fall der Fälle – noch Chancen ausrechnen. Zur Riege der möglichen Nachfolger zählen daneben der von Landtagspräsident Alois Glück favorisierte Kultusminister Siegfried Schneider und Fraktionschef Joachim Herrmann. Letzterer hat in den vergangenen Monaten sehr an Statur gewonnen, kürzlich ernannte ihn die Konferenz der Unionsfraktionschefs zum neuen Vorsitzenden.

Nimmt man Herrmann einmal aus, ist die Riege der 40- bis 50-Jähr-



Hans Well (Biermösl Blosn)

„Missbrauch des Themas ist blasphemisch.“



„Freiheit ist von Vulgarisierung bedroht.“



Peter Gauweiler (CSU), MdB und Rechtsanwalt

Himmi Sakra! Diese Popetown Geschichte auf MTV war endlich mal wieder was so ganz nach dem Geschmack der Bayrischen Staatsregierung! Anders als bei Themen wie Asyl oder Gentec auf bayrischen Staatsgütern lässt sich damit nämlich fromm und ganz kostenlos das C im Parteinamen unter Beweis stellen. Dabei wird ausgerechnet von dem Ministerpräsidenten der Werteverfall unserer Gesellschaft beklagt, der 1984 federführend den Staatsvertrag mit den öffentlich-rechtlichen Sendern aufkündigte und den Privaten Tür und Tor öffnete. Jetzt tut er empört, als hätte man nicht schon damals die Werte, welche das „Unterschichtfernsehen“ unseren Kinder vermittelt, andernorts studieren können.

Muss deshalb aber die Gesellschaft mit einem extra Paragraphen vor Gotteslästerung geschützt werden? Gott bewahre! Ich würde eher den Missbrauch dieses Themas unter Strafe stellen, wie ihn dieser immer noch arg gebeutelte Berlinflüchtling mit der gleichen Masche wie damals beim Kreuzifixurteil betreibt, um sein ramponiertes Ansehen im Wahlvolk zu heben. Aus eigener Erfahrung weiß ich, wie leicht im Bayerischen Fernsehen ein Lied über einen Regensburger Bischof unsensibel ist und wie fix Politiker diesbezüglich der Kirche sekundieren. Die Kirche besteht aber halt nun einmal aus Menschen, und wo es menschelt werden Fehler gemacht, worüber sich wegen des besonders hohen moralischen Anspruchs dieser Kirche besonders gut spotten lässt.

Wenn es Blasphemie-Paragraphen in mittelalterlichen islamistischen Gesellschaften gibt, wundert das wenig, in einer aufgeklärten säkularen Gesellschaft ist die Meinungsfreiheit Gott sei Dank selbstverständlich. Der kalkulierte Missbrauch dieses Themas durch Politiker ist für mich da schon eher Blasphemie. Was den bigotten scheinheiligen Teil dieser Spezies betrifft, vertraue ich aber ganz auf eine gerechte Strafe durch Engal mit Hörndln auf'm Kopf: „Hoaz Sparifankal, hoaz Sparifankal, des gibt a saftigs Politikerschmankerl, legts glei a poor Knödl ei, der Brotn der werd fei!“

Bei der Gotteslästerung gewinnt der Teufel. Manchmal gewinnt der Teufel auch bei der Bekämpfung der Gotteslästerung. Kennzeichnend für Beides war der Fall „Salman Rushdie“. Es war richtig, diesen Mann vor seinen Verfolgern – die ihn steinigern wollten – zu schützen. Diese – auch alttestamentarische – Tradition (3. Mose 23) hat ein gewisser Jesus von Nazareth überwunden. Trotzdem lag den „Satanischen Versen“ ein perverser Einfall zugrunde: Rushdie benannte die zwölf Huren im berühmtesten Bordell der Wüstenstadt Jahilia nach den Frauen des Propheten Mohammed. Unfreiwillig selbstentlarvend war es, dass Rushdie einem der „Helden“ seiner Geschichte die Worte in den Mund legte: „Es ist sehr gefährlich ..., aber es dürfte sehr gut fürs Geschäft sein.“

Erfahrene Glaubens-Lästerer machen die Empörung der Gläubigen zum Bestandteil ihrer Reklame. Weil diese Strategie durchschaubar ist, sind gläubige West-Europäer seit einiger Zeit bemüht, einschlägigen Gemeinheiten mit Appellen zum ruhigen Durchatmen zu begegnen und ansonsten zu verstummern. Dem liegt die Vermutung zu Grunde, dass jeder, der hierzulande gegen antireligiösen Schmutz und Schund aufmuckt, schon verloren hat. Weshalb zum Beispiel anfängliches Grummeln selbst gegen die Primitivst-Sendung „Popetown“ ziemlich schnell durch vernünftlerischen und hochintellektuellen Qualm erstickt wurde, bevor ein größerer Protest gegen diese armselige Geschäftemacherei überhaupt aufkam. Die Eigentümer von mtv werden es auf den nächsten „Medientagen“ uns allen zu danken wissen. Bei Prosecco und Wachtelbrüstchen.

Es ist nicht in Ordnung, dass von der westlichen Welt der Gotteslästerung überhaupt nicht mehr entgegengetreten wird. Jetzt ist bei uns die Freiheit zwar nicht mehr durch Zensoren bedroht – bedroht ist sie nunmehr durch die Vulgarisierung der Freiheit. Insofern ist die Ankündigung Edmund Stoibers, dass Bayern die öffentliche Beschimpfung von religiösen Bekenntnissen nicht mehr weiter hinnimmt, eine Erholung. Merke: Der Mensch kann sich selber nicht am Denken hindern.



ÜBER GOTT LÄSTERN?

IMPRESSUM

BAYERISCHE STAATSZEITUNG UND BAYERISCHER STAATSANZEIGER
mit den regelmäßigen Beilagen
„UNSER BAYERN“, „BAYERN FORSCHT“
sowie „MAXIMILIANEUM“
Verlag Bayerische Staatszeitung GmbH, München

BAYERISCHE STAATSZEITUNG:
Redaktion:
Herzog-Rudolf-Straße 1, 80539 München,
Telefon 089/290142-0, Telefax 089/299562.
Internet: www.bayerische-staatszeitung.de
E-Mail: redaktionbsz@bayerische-staatszeitung.de

Chefredakteur: Ralph Schweinfurth
(verantwortlich für den Inhalt)
Redaktion: Waltraud Taschner-Kupka
(Chefin vom Dienst, Landtag, Beilage
„Maximilianeum“), Karin Dütsch (Kultur,
Beilage „Unser Bayern“), Dr. Friedrich
Hettler, Birgit Kruse (Beilage „Bayern
forscht“), Dr. Achim Sing.

Mit eigener Verantwortlichkeit gekennzeichnete Seiten stellen die Meinung der jeweiligen Organisation dar, die nicht immer der Auffassung der BSZ-Redaktion entspricht.

BAYERISCHER STAATSANZEIGER:
Redaktion:
Herzog-Rudolf-Straße 3, 80539 München,
Telefon 089/290142-60/61/62/63
Telefax 089/290142-73/74.
E-Mail: anzeigen@bayerische-staatszeitung.de
Verantwortlich: Jan Peter Gühlk.
Verlag: Herzog-Rudolf-Straße 3,
80539 München, Telefon 089/290142-50.
Geschäftsführung: Jan Peter Gühlk,
Alfred Backs.

Anzeigen- und Vertriebsleiterin, verantwortlich für den Inhalt der Anzeigen der Bayerischen Staatszeitung: Marion Birkenmaier, Telefon 089/290142-65, Fax 089/290142-70.
E-Mail: anzeigen@bayerische-staatszeitung.de
Vertrieb und Abonnement-Verwaltung:
Herzog-Rudolf-Straße 3, 80539 München,
Telefon 089/290142-59 und -69,
Telefax 089/290142-90.
E-Mail: vertrieb@bayerische-staatszeitung.de

Die „Bayerische Staatszeitung und Bayerischer Staatsanzeiger“ erscheint wöchentlich einmal (freitags). Der Abonnementpreis beträgt jährlich EURO 70,00 einschließlich MwSt. Aufträge für den Bayerischen Staatsanzeiger sind ausschließlich an den Verlag zu richten. Für den Bayerischen Staatsanzeiger gelten im Übrigen die „Zusätzlichen Geschäftsbedingungen“, die beim Verlag Bayerische Staatszeitung bezogen werden können. Zurzeit gilt die Anzeigenpreislise Nr. 29 vom 1. Januar 2006. Druck: Druckhaus Dessauerstraße GmbH & Co. Betriebs KG, Dessauerstraße 10, 80992 München. Die „Bayerische Staatszeitung und Bayerischer Staatsanzeiger“ wird herausgegeben von einer Verlagsgemeinschaft zwischen dem Münchener Zeitungs-Verlag und dem Süddeutschen Verlag auf Grund eines Vertrages mit dem Freistaat Bayern. Die Bayerische Staatszeitung soll das politische, kulturelle und wirtschaftliche Leben in Bayern widerspiegeln und die auf Bayern einwirkenden Kräfte würdigen. Verlautbarungen der Bayerischen Staatsregierung werden in der Bayerischen Staatszeitung ausdrücklich als solche gekennzeichnet. Beiträge des Ministerpräsidenten, der weiteren Mitglieder der Staatsregierung, anderer führender Politiker sowie der leitenden Beamten in Staatsbehörden, Kommunen und Körperschaften des öffentlichen Rechts erscheinen unter voller Angabe des Namens. Alle übrigen Veröffentlichungen werden von der Redaktion vertreten.

Eine Verwertung der urheberrechtlich geschützten Zeitung und aller in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen, insbesondere durch Vervielfältigung und/oder Verbreitung, ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar, soweit sich aus dem Urheberrechtsgesetz nichts Anderes ergibt. Insbesondere ist eine Einspeicherung und/oder Verarbeitung der Zeitung in Datenbanken ohne Zustimmung des Verlages unzulässig.